**Absender
FDP-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0068/2017

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
FDP-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 21.03.2017**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der FDP-Fraktion vom 30.01.2017 (eingegangen am 30.01.2017) zur
Randstundenbetreuung bei Kindertagesstätten**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 30.01.2017 (eingegangen am 30.01.2017) beantragt die FDP-Fraktion, der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf an Randstundenbetreuungen unter Bergisch Gladbacher Eltern von 2- bis 6-jährigen Kindert zu ermitteln. Bei dieser Befragung soll bewusst auf Zeitvorgaben verzichtet werden.
2. Die Verwaltung wird gebeten, zu eruieren, warum die bis 2014 in den Richtlinien vorgesehene Sonderförderung für verlängerte Öffnungszeiten nicht von den Trägern angenommen wurde.
3. Aufbauend auf 1. wird die Verwaltung beauftragt, ein Modell für eine bedarfsgerechte Randstundenbetreuung inkl. einer auskömmlichen Finanzierung für die Träger zu entwickeln und dem Rat vorzulegen.

Das Schreiben der FDP-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Gemäß § 1 Absatz 2 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach (ZuO) sind alle Angelegenheiten, über die der Rat Beschluss fassen soll, vorher von den Ausschüssen des Rates zu beraten, soweit sie in deren Zuständigkeit fallen.

Nach § 11 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach nimmt der Jugendhilfeausschuss die Aufgabe der Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz sowie nach der Satzung des Jugendamtes der Stadt Bergisch Gladbach wahr. Nach § 5 Absatz 2 Ziffer 2 lit. d) der Satzung des Jugendamtes entscheidet der Jugendhilfeausschuss über die Entwicklung des Angebots der Kindertagesbetreuung.

Berührt ein Antrag einer Fraktion die Zuständigkeit eines Fachausschusses, ist er ohne Aussprache an den betreffenden Ausschuss zu überweisen, § 12 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Stadt Bergisch Gladbach.

Entsprechend dieser Regelung wird vorgeschlagen, den Antrag ohne Vorberatung zur Entscheidung an den Jugendhilfeausschuss zu überweisen.